Freistaat Thüringen
Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz

Expertengespräch „Bergbau“

am 5. und 6. Juni in Magdeburg

Vorgehensweise zum Umgang mit dem Vertragsverletzungsverfahren in der FGG Weser

Thomas Lagemann, TMUEN

Bewirtschaftungsplan 2009

- der 1. Bewirtschaftungsplan ist Ende 2009 in Kraft getreten.
- darin enthalten: Beschreibung der Aktivitäten bis 2008
- Ausblick auf mögliche Maßnahmenoptionen
- zunächst Fristverlängerungen für die WK angegeben, jedoch ohne Angaben konkreter Maßnahmen, mit denen der gute Zustand erreicht werden.

=> **Vertragsverletzungsverfahren, ausgelöst durch ein Beschwerdeschreiben**

Kritikpunkte:

- es wurde **keine Frist** für die Erreichung der Ziele festgelegt
- es ist **keine schrittweise Erreichung** der Ziele vorgesehen
- die **Gründe** für die Verlängerung wurden **nicht hinreichend** dargelegt
- es ist **nicht sichergestellt**, dass die **Ziele bis 2027** erreicht werden
- der BWP **führt nicht die Maßnahmen** auf, die erforderlich sind, um die Wasserkörper schrittweise in den geforderten Zustand zu überführen
- MNP und BWP **verstoßen** auch gegen **Vorgaben des Art. 4 in Verbindung mit Art. 11 und 13 WRRL**

Verfahrensschritte Art. 258 AEUV

1. **Prüfungsphase** (insbesondere aufgrund von Beschwerden)
2. **Vorgerichtliches Verfahren (Verstoßverfahren)**
   - Mahnschreiben (Fristsetzungsschreiben) der Kommission als Einleitung des VVV; ein oder mehrere ergänzende Mahnschreiben möglich
   - Falls KOM Stellungnahme des MS nicht überzeugt oder MS nicht abhilft: **„mit Gründen versehene Stellungnahme“** wird erstellt → dort wird dargestellt warum der MS seiner vertraglichen Verpflichtung nicht nachgekommen ist. Für ein späteres Klageverfahren bezeichnet diese den Streitgegenstand. D.h. mehr kann KOM im Klageverfahren nicht verlangen
3. **Einleitung des gerichtlichen Vertragsverletzungsverfahrens mit Klage vor dem EuGH**

Bisherige Verfahrensschritte der FGG Weser

1. Prüfungsphase aufgrund Beschwerdeschreibens

- Einleitung des EU-Beschwerdeverfahrens (Dez. 2009)
- Stellungnahmen der Bundesregierung

2. Vorgerichtliches Verfahren

Mahnschreiben der Kommission (Jun. 2012)

- Stellungnahme der Bundesregierung und **Gespräch mit der Kommission** (Febr. 2013)
  Fazit: Zurückstellung Klageverfahren denkbar, wenn offene Punkte im Rahmen der Aufstellung des 2. Bewirtschaftungsplans rechtskonform und frühzeitig (2014) geklärt werden
- Erstellung und Übersendung des **Eckpunktepapiers** (Jul. 2013)
- Antwort der Kommission mit weiteren Fragen
- Erneute Stellungnahme der Bundesregierung (Feb. 2014)
- Übermittlung des „BWP Salz“ an die KOM (Apr. 2015)
- Erörterung in Brüssel (Jun. 2015)
- Beantwortung weiterer Fragen der KOM durch D (Dez. 2015)
- Paketsitzung mit KOM (Mai 2017), dort Beantwortung weiterer Fragen
- **…**

Bisher nur „vorgerichtliches Verfahren“, noch keine „mit Gründen versehene Stellungnahme“

Aktivitäten der FGG Weser im Rahmen der Aktualisierung des BWP 2015

- Abstimmung eines Bewertungssystems
- Festlegung der zu betrachtenden Wasserkörper
- Abstimmung des Baseline für alle Szenarien
- Abstimmung von Maßnahmenoptionen
- Abschätzung des Handlungsbedarfs
- Analyse der Maßnahmenwirkung (Szenarien)

  => *Unterstützung durch eine Flussgebietsmodellierung der Salzbelastung*

- Festlegung der Bewirtschaftungsziele und Maßnahmen
- Dokumentation der Ergebnisse im BWP Salz

Zuständigkeiten

Länder (u.a)

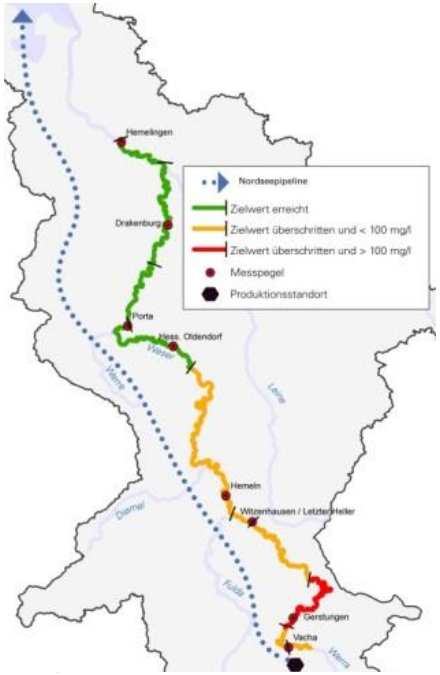
- **Erteilung von Zulassungen und Genehmigungen**
- **Anordnung von Maßnahmen**
- **Kontrolle rechtlicher Anforderungen**

➔Prüfung Maßnahmen auf Umsetzbarkeit, Genehmigungsfähigkeit, Verhältnismäßigkeit

FGG Weser (einstimmig)

- **Abstimmung der Vorgehensweise und gemeinsamer Grundlagen**
- **Erörterung der Ergebnisse der Länderprüfungen**
- **Erstellung des Bewirtschaftungs-plans**

Prüfschritte zur Ableitung von Zielen und Maßnahmen



6 Prüfschritte gem. Art. 4 EG-WRRL:

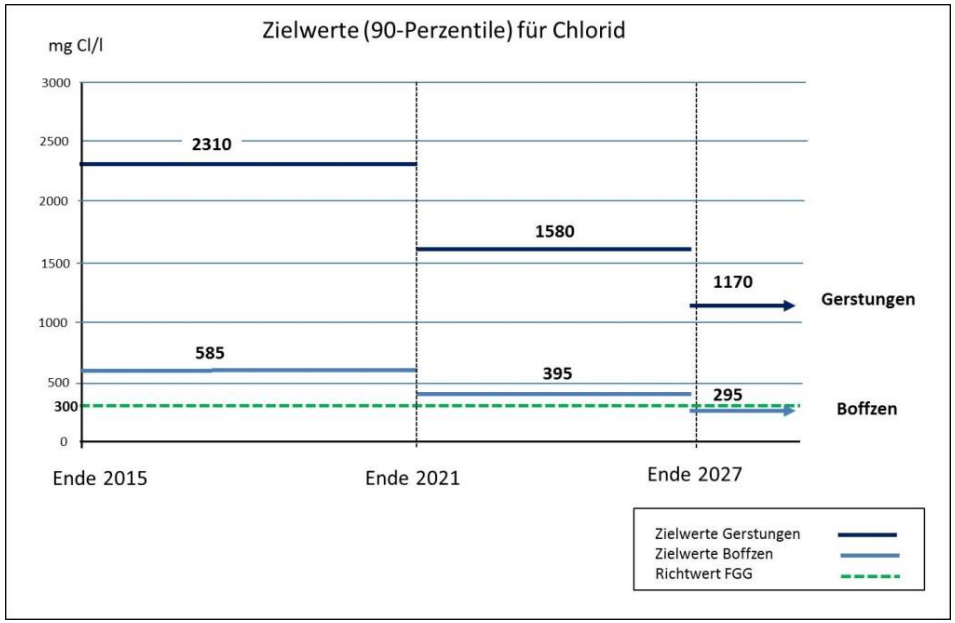
1. Ursachen der Zielverfehlung und Bewertung des Zustands/Potentials -> Auswertung Monitoringdaten bzgl. der Richtwerte
2. Identifizierung der kosteneffizientesten Maßnahmen/-kombinationen und Prüfung der Genehmigungsfähigkeit -> Modellierungen
3. Wirkung der Maßnahmen -> Modellierungen
4. Prüfung der Verhältnismäßigkeit -> Ökoeffizienzanalyse
5. Alternativenprüfung
6. Festlegung und Begründung der Bewirtschaftungsziele

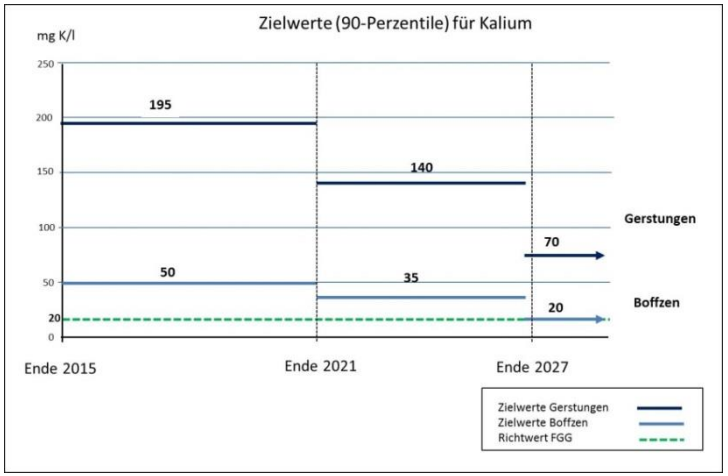
Stufe	Bezeichnung	Chlorid (mg/l)	Kalium (mg/l)	Magnesium (mg/l)
I	Natürliche Hintergrundwerte	≤ 75	≤ 5	≤ 20
II	Wertebereiche für Lebensbedingungen naturnaher Lebensgemeinschaften	75 bis 300	5 bis 20	20 bis 30
III	Wertebereiche für Lebensgemeinschaften, in denen sensible Arten bzw. bestimmte Komponenten der Lebensgemeinschaften fehlen	300 bis 1.000	20 bis 80	30 bis 100
IV	Wertebereiche für Lebensgemeinschaften, in denen robustere Arten bzw. bestimmte Komponenten der Lebensgemeinschaften fehlen	1.000 bis 2.500	80 bis 150	100 bis 180
V	Wertebereiche für durch Salzbelastung geprägte Lebensgemeinschaften	> 2.500	> 150	> 180

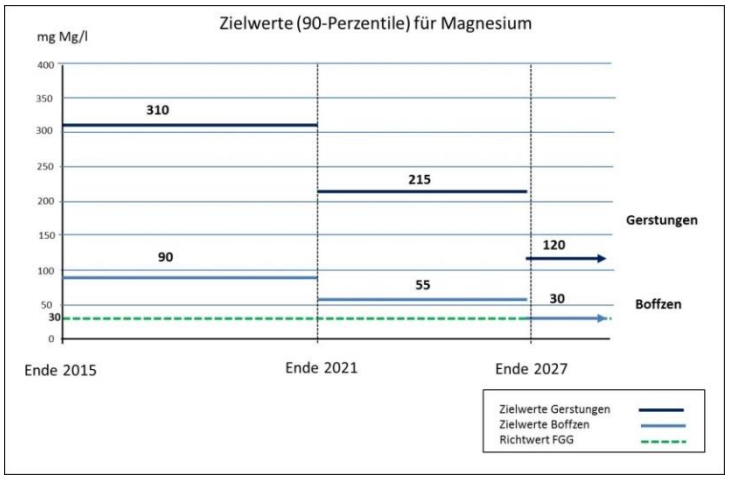
die Richtwerte 300 mg/l Chlorid, 20 mg/l Kalium und 30 mg/l Magnesium als maximal zulässige Konzentrationen (90-Perzentile)

Zielwertkonzept

Maßnahmenprogramm







Zielwerte für Chlorid, Kalium und Magnesium aufgrund vorhandener, möglicher und umsetzbarer Maßnahmen

Maßnahmenprogramm 2015 bis 2021 Salz

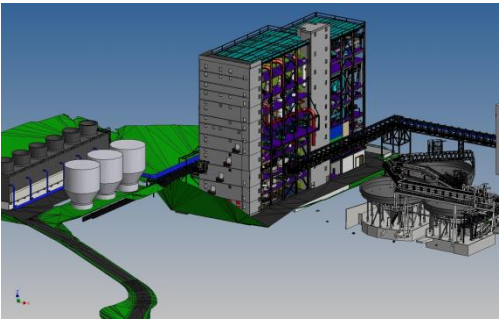
Masterplan Salzreduzierung:

Festgesetzte Maßnahmen

- Inbetriebnahme einer Kainit-Kristallisations-Flotationsanlage
- Einstapeln und Versatz unter Tage
- Haldenabdeckung der bestehenden und künftigen Halden
- Einstellung der Versenkung

Optionale Maßnahmen

- Temporärer Werra-Bypass
- Produktionsdrosselung bzw. alternative Maßnahmen



Fotos und Abb. : K+S Kali GmbH

Kainit-Kristallisations-Flotationsanlage (KKF)

Ziel:

- Reduzierung der Salzabwassermenge aus der Produktion um weitere 1,5 Mio. m^3/Jahr
- Rückgewinnung von Wertstoffen aus dem Salzabwasser.
  => zusätzlich verkaufsfähige Produkte ca. 130 Tt KCl/Jahr und ca. 130 Tt $MgSO_4$/Jahr

Die KKF ist ein dreistufiger Prozess, bestehend aus
- einer Kainit-Eindampfanlage, um das Doppelsalz Kainit zu bilden,
- einer Ausrühr- und Kristallisationsstufe, um den Kainit in hoher Ausbeute abtrennen zu können und
- einer Flotation, in der der Kainit vom Sylvin und Halit getrennt wird.

Die Anlage wurde Anfang 2018 fertig gestellt.

Einstapeln und Versatz unter Tage

Ziel:

- Verbringung von **Produktionsabwässern unter Tage** in Lösung oder verfestigter Form
- Reduzierung der verbleibenden Produktionsabwässer um **3,1 Mio. m³/Jahr**

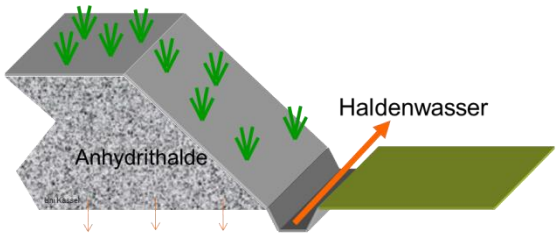
Drei mögliche Maßnahmen:

A: **Einstapeln von Salzlösungen** (bereits andernorts durchgeführt)
B: **Einbringen in verfestigter Form** unter Zugabe von Zuschlagstoffen
C: **Versatz als Dickstoff**/ verfestigt mit tragender Wirkung

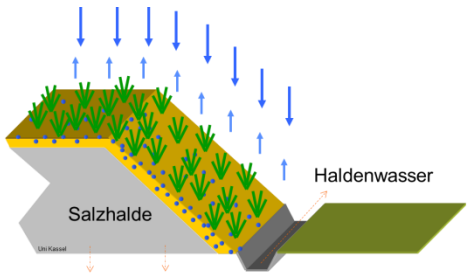
Umsetzungschritte Einstapelung	Durchführungs-zeitraum	Maßnahmen-träger	Beitrag zur Zielerreichung [Mio. m³/Jahr]
Untersuchungen	2016 - 2020	K+S	
Planung und Genehmigung	2019 - 2020	RP Kassel	
Umsetzung	2021 - 2060	K+S	3,1

Haldenabdeckung

Direktbegrünung



Dünnschichtverfahren



Dickschichtverfahren

Abb. : K+S Kali GmbH

Ziel:

- Abdeckung aller bestehenden und zukünftigen Rückstandshalden
- Reduzierung der Haldenabwassermenge um 3,3 Mio. m³/Jahr

Es stehen drei verscheiden Verfahren in der Prüfung:

- Direktbegrünung
- Dünnschichtverfahren
- Dickschichtverfahren

Umsetzungschritte	Durchführungs-zeitraum	Maßnahmen-träger	Beitrag zur Zielerreichung [Mio. m³/Jahr]
Lysimeter	**2013 - 2017**	**K+S**	
Pilotprojekte	**2016 - 2020**		
Großversuch	**2018 - 2021**		
Regelbetrieb - **Betriebsphase** - **Nachbetriebsphase**	 **2021 - 2060** **2060 - 2075**		 **Bis 2,6** **0,7**

Einstellung der Versenkung

- zur Erreichung der Ziele im Grundwasser
- einzige Maßnahme zur Verbesserung des Grundwassers
- Thüringen hat seinerzeit den Antrag abgelehnt (Unzureichende Kalibrierung des 3D-Modells; Verletzung des wasserrechtlichen Besorgnisgrundsatzes; unzureichende Überprüfung der Unverhältnismäßigkeit)
- RP Kassel hat Antrag genehmigt: 1,5 Mio. m^3/a bis 2021 (beantragt: 3,9 Mio. m^3/a)
- Gerichtlicher Vergleich zw. K+S und BUND zur weiteren Begrenzung und Einstellung der Versenkung möglichst noch vor 2021

Optionale Maßnahmen

Für den Fall, dass die festgesetzten Maßnahmen nicht ausreichen, um die vorgegebenen Zielwerte zu gewährleisten, sind zwei optionale Maßnahmen vorzusehen.

- **Produktionsdrosselung bzw. alternative Maßnahmen**
- **Temporärer Werra-Bypass** mit max. Durchsatz von 800.000 m³/a zur Erreichung des bestmöglichen Zustands in der Werra
- Zu beiden Maßnahmen erfolgt 2018 (Bypass) bzw. 2020 eine **Überprüfung der Erfordernis**
- Für den temporären Werra-Bypass wird bis 2018 die Planung vorgenommen und das Genehmigungsverfahren vorbereitet, um <u>für den Fall der Erfordernis 2018</u> mit dem Bau beginnen zu können

Umsetzungszeitplan

Maßnahmen		Zeitraum der Umsetzung (Jahr)									
		vor 2016	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023 - 2027	Nach 2027
1	KKF-Anlage										
1.1	Planung										
1.2	Genehmigung										
1.3	Bau										
1.4	Betrieb										
2	Haldenabdeckung										
2.1	Lysimeterversuche										
2.2	Pilotprojekte										
2.3	Großversuch										
2.4	Regelbetrieb										
3	Einstapeln										
3.1	Untersuchungen										
3.2	Planung und Genehmigung										
3.3	Umsetzung										
4	Temporärer Werra-Bypass*										
4.1	Raumordnungsverfahren										
4.2	Vorplanung und Kostenschätzung										
4.3	Planung										
4.4	Überprüfung des Erfordernisses										
4.5	Ggf. Genehmigung										
4.6	Ggf. Bau										
4.7	Ggf. Betrieb										
5	Produktionsdrosselung										
5.1	Überprüfung des Erfordernissses										
5.2	Ggf. Produktionsdrosselung										
6	Einstellung der Versenkung										
6.1	Rechtliche fachliche Prüfung										
6.2	Versagung/Genehmigung der Übergangsregelung										
7	Einrichtung Arbeitsgruppe Umsetzungsprozess										
8	F+E-Vorhaben										
9	Monitoring										

Festgesetzte Maßnahmen
ggf.
Überprüfung
Optionale Maßnahmen
ggf.

Erstellung Bewirtschaftungsplan

- Erstellung eines Detailplans gemäß § 83 Abs. 3 WHG, um die Informationen zur Maßnahmenableitung etc. zu beschreiben und darstellen zu können
- BWP und MNP Salz sind deutlich ausführlicher als „normaler“ BWP Weser. Für jeden WK wurden ausführliche Begründungen für die Ziele vorgenommen. Maßnahmen wurden umfassend und detailliert beschrieben
- Herleitung der Maßnahmen und Prüfprozess wurde akribisch aufgeführt
- vom 01.04.2015 bis zum 15.10.2015 in der öffentlichen Anhörung
- diese Pläne wurden dann auf der Weserministerkonferenz am 18.03.2016 offiziell beschlossen und anschließend in den Ländern veröffentlicht.

Vielen Dank!